

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Grosz, Schenk  
Kolleginnen und Kollegen  
betreffend keine neuen BMW-Dienstwagen

*eingbracht in der 148. Sitzung des Nationalrates am 28. März 2012 im Zuge der Debatte zu TOP3, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1681 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2012 und das Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 geändert werden und das Bundesfinanzrahmengesetz 2013 bis 2016 erlassen wird (1709 d.B.)*

Während die Bundesregierung die österreichische Bevölkerung in den nächsten Jahren zum Sparen anhält, was mit vorliegender Regierungsvorlage beschlossen werden soll, geht sie selbst wieder einmal mit schlechtem Beispiel voran und festigt das negative Bild in der Bevölkerung.

Die Bundesbeschaffungsagentur (BBG) hat einen neuen Vertrag mit dem deutschen Automobilkonzern BMW abgeschlossen. Bis 2015 darf die Regierung bis zu 105 Fahrzeuge bestellen. Es gibt eine Liefer-, aber keine Bestellverpflichtung. Bereits nach 60 000 Kilometern oder nach nur einem Jahr kann das Dienstauto bereits zurückgegeben werden. Die Neuwagen im Regierungsfuhrpark sind 306 PS stark (und damit nochmals über 60 PS stärker als das Vorgängermodell). Der neue Vertrag dient zur Nach- und Neubestellung von Fahrzeugen für Regierungsmitglieder der Bundes- und der Landesregierung. Anspruch auf einen Dienstwagen haben Bundespräsident und Bundeskanzler, Minister und Staatssekretäre, die Präsidenten des Rechnungshofs, der obersten Gerichte und der Nationalbank sowie die Mitglieder der Landesregierungen.

Die bisherigen Fahrzeuge tun ihren guten Dienst und sind auch für hohe Kilometerleistungen bestens gerüstet. Ein Neuankauf von 105 Dienstautos ist daher reine Verschwendung von knapp 8 Millionen Euro und lässt sich in Zeiten von massiven finanziellen Belastungen für alle Steuerzahler und Steuerzahlerinnen nicht rechtfertigen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich den Stopp und die Rückabwicklung des Ankaufs bzw. Leasings von 105 neuen Dienstwagen der Marke BMW zu veranlassen.“